



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

mühte sich, Mut und Hoffnung neu zu beleben, denn der Gram tötet, sie aber wollten heimgelangen. Während der Zug der serbischen Grenze zurollte, erzählte er den Großen vom Aufblühen Palästinas und den Kleinen von dem fabelhaften Fluß Sambatjon, der sechs Tage lang fließt und am siebenten ruht. Sein grauer Kopf richtete sich dabei kräftiger empor.

Ein Mitreisender, der nicht Jude war, hörte ihm still zu, holte ein winziges Buch aus seiner Tasche und bat ihn aussteigend, es zu behalten. Was war dem Manne? War er ein wenig meschugge? Aber auf welch freundliche Art! Er sah Sinai zum Abschied in die Augen und sagte: Israël — es müsse wohl gehn denen, die dich lieben! Das Wegzeichen, unter dem sie sich zuletzt im Schnee gefammelt hatten, war auf dem Einbände zu sehen. Sinai Tulpenblüt wog das Buch unschlüssig in der Hand, als aber Lemberger es haben wollte, um es gelegentlich zu verkaufen, schob er es rasch in sein eignes Bündel.

Auf der vorletzten Station stieg Mandel mit seinem Blechkästchen aus. Er wollte in der Nacht heimlich die Grenze überschreiten, und drüben sollten die andern ihn wieder erwarten.

Es hinderte ihn niemand, seine Straße zu ziehen, und niemand — als die Dunkelheit hereinbrach — querfeldein zu gehn — Stunden und Stunden über Stoppel und Sumpf; aber er hatte mehr Zeit gebraucht, als er gemeint hatte. Als die Sterne verblichen, legte im ersten Dämmerchein der Grenzjäger auf einen jungen Juden an, der, des Tabaksmuggels dringend verdächtig, sich auf den Anruf rennend und springend davon zu machen suchte. Die Kugel konnte ihn jedoch nur gestreift haben, denn es gelang ihm, mit seiner Konterbande in unvermindertem Laufe den Wald zu erreichen.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 21. Juni 1909

(Die Rede des Fürsten Bülow. Die Stellung der Parteien. Die neuen Ersatzsteuern. Der Gedanke der Blockpolitik. Die Kaiserbegegnung bei Björkå.)

Am 15. Juni war der Reichstag wieder zusammengetreten, und schon am Tage darauf stand die Beratung der von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Ersatzsteuern auf der Tagesordnung. Das war die Gelegenheit, die Fürst Bülow abgewartet hatte, um sich über das Verhältnis der verbündeten Regierungen zum Reichstag und seine persönliche Stellung zu den Parteien auszusprechen. Die Lage, in der sich der leitende Staatsmann befand, war ungemein schwierig, weil die langwierige Arbeit der Kommission und ihr selbstherrliches Schalten den Schwerpunkt der Angelegenheit ungewöhnlich lange an einer Stelle festgehalten hatte, die ein entscheidendes Eingreifen der Regierung vor dem ganzen Lande nur schwer gestattete. Mit wachsender Ungeduld war überall der Zeitpunkt herbeigesehnt worden, wo man statt der trocknen, unübersichtlichen und unvollständigen Kommissionsberichte mit den knappen, oft nur halbverständlichen Auskünften des Staatssekretärs und der Bundesratskommissare, mit ihren anscheinend unwirksamen Verteidigungen und vorsichtigen Vorbehalten eine wirkliche Redeschlacht, wie sie das Parlament geben soll, einen offenen Meinungsaustausch zwischen Regierung und Parteien vor

aller Welt endlich einmal wieder würde hören können. Aus dieser Stimmung der Ungeduld heraus erwartete der große Durchschnitt der politisch interessierten Männer in Deutschland von der Kanzlerrede eine Kampfredе, die den Bann dieser bösen Monate brechen sollte. Ganz aber konnte und durfte diese Erwartung nicht erfüllt werden, denn die Lage forderte die sorgfältige Schonung jeder nur irgendwie bestehenden Möglichkeit, die Gegensätze doch noch auszugleichen. Wir sind der Meinung, daß Fürst Bülow diese schwere Aufgabe, einerseits eine Lösung der Spannung und eine Klärung zu bringen, andererseits den einzigen Weg der Verständigung offenzuhalten, mit gewohnter Meisterschaft gelöst hat. Wenn das nicht allseitig anerkannt worden ist, so liegt das zum Teil daran, daß der uns in allen schwierigen Lagen leicht beherrschende Pessimismus und Kritizismus geneigt ist, zu früh die Flinte ins Korn zu werfen, zum Teil aber auch — und das scheint besonders häufig übersehen zu werden — daran, daß die Parteien ein Interesse daran haben, die Wirkung der Bülow'schen Rede zu verkennen und zu verkleinern. Ganz abgesehen von einer immer mehr in Mode kommenden Spezies von parlamentarischen Berichterstattern, die sich vor allem interessant machen wollen und deshalb alles mögliche herausheben und herausfinden, was ein anderer nicht entdecken konnte. Auch hierbei ist natürlich der Wunsch leicht der Vater des Gedankens, und so konnte es wohl geschehen, daß zu gleicher Zeit frische Zuversicht und müde Resignation, deutliche Entschiedenheit und enttäuschende Vorsicht in der Rede gefunden wurden.

Um zu erkennen, wo die Wahrheit liegt, muß man sich vor allem selbst scharf Rechenschaft ablegen, was die Kanzlerrede in der gegenwärtigen Lage allein bezwecken und bewirken konnte. Was ist denn in der letzten Zeit alles behauptet worden? Vor allem doch folgendes: die verbündeten Regierungen und der Kanzler würden nicht umhin können, die Lösung der Reichsfinanzreform, die ihnen von einer Mehrheit des Reichstags geboten werde, auch anzunehmen. Vor allem werde sich der Kanzler dieser Notwendigkeit nicht entziehen können, nachdem sich herausgestellt habe, daß der ursprünglich angestrebten Lösung auch die Liberalen Widerstand entgegensetzten. Die Zusammenetzung der neuen Mehrheit bedeute im Sinne der Konservativen durchaus keine Wiederkehr der Zentrumshegemonie; in nationalen Fragen könne man ja nach wie vor mit den Liberalen zusammengehen. Bekanntlich haben nämlich die Konservativen die Entdeckung gemacht, daß „wirtschaftliche“ Fragen, zu denen sie gegenwärtig die wichtigste Lebensfrage des deutschen Volks, die Reichsfinanzreform, rechnen, nicht „nationale“ Fragen sind. Die Frage, ob bei einem Zustandekommen der Reichsfinanzreform durch eine konservativ-kerikal-polnische Mehrheit der Rücktritt des Fürsten Bülow geboten sei, wird mit gutgespielter Ehrlichkeit entrüstet verneint, denn man hält bekanntlich auf Grundsätze und stürzt nie Minister; in diesem Falle darf man vor allem nicht zugeben, daß die gebotene Lösung eine sachlich ungeeignete und unzulängliche ist, daß man wirklich ein Hindernis für eine ersprießliche Reform aufgerichtet hat, daß die wirkliche Reform auf diesem Wege scheitern muß. Deshalb muß der Widerstand des leitenden Staatsmanns als sonderbare Marotte, als unerklärlicher Eigensinn hingestellt werden, der einen Korb reifer Früchte zurückweist, nur weil er nicht von der Allerschönsten geboten wird. Deshalb opponiert man dem Fürsten Bülow nicht, bezeichnet ihn im Gegenteil als Mann des Vertrauens und wäscht seine Hände in Unschuld, wenn er durchaus nicht einsehen will, daß es nicht auch anders geht, als er anfangs gewollt hat. Es sind das also alles Manöver, um die Verantwortung für eine unerwünschte Wendung der Sache von der Partei abzuwälzen.

Es werden aber viele Verdrehungskünste dazu gehören, um auch nach der letzten Kanzlerrede diese Stellung noch aufrecht zu erhalten. Denn Fürst Bülow

hat über zwei Hauptpunkte eine vollständige Klärung herbeigeführt. Erstens hat er keinen Zweifel darüber gelassen, daß die verbündeten Regierungen die Verwerfung eines großen Teils der Vorschläge der Kommissionmehrheit beschlossen haben, nicht weil sie von einer andern Mehrheit, als ursprünglich erwartet wurde, geboten worden sind, sondern weil sie den Bedingungen einer annehmbaren Reichsfinanzreform nicht entsprechen. Zweitens hat der Reichskanzler persönlich seine Stellung zu den Parteien in einer Weise klargelegt, daß nur der sie nicht verstehen kann, der sie nicht verstehen will. Darüber hinaus kann kein Staatsmann der Welt auf Parteien einwirken; das hat sogar Bismarck nicht gekonnt. Und was die Frage des Rücktritts betrifft, so ist Fürst Bülow viel zu geschickt und geschmackvoll, um in einer kritischen Lage einfach mit seinem Rücktritt zu drohen. Wohl aber hat er, wie es der besondern Lage angemessen war, scharf und deutlich die Linie bezeichnet, deren Innehaltung ihm allein die Fortführung des Amtes ermöglicht. Mag es nun von den Parteien offen zugegeben werden oder nicht, jedenfalls weiß jetzt ein jeder, daß Fürst Bülow nicht im Amte bleiben wird, wenn ihm die Finanzreform in einer Gestalt aufgenötigt werden soll, die die Mitwirkung der Liberalen ausschließt.

Daß die Lage im ganzen trotz alledem ungeklärt ist, braucht eigentlich kaum erwähnt zu werden. Was Fürst Bülow bieten konnte, war die Klärung, soweit die verbündeten Regierungen und seine Person in Frage kamen. Was die Parteien tun werden, das ist ihre Sache, und darüber läßt sich in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch nichts sagen. Wenn man die Reden der Sprecher der Parteien der Betrachtung zugrunde legt, so kann man im allgemeinen nur sagen, daß sie die letzte Entscheidung noch nicht erkennen lassen. Sie klingen zum Teil sehr intransigent, und doch sind darin Untertöne nachweisbar, die den Willen zum Einlenken und zur Verständigung leise andeuten. Entschieden an die Seite der Regierung getreten ist die Reichspartei; die Nationalliberalen stimmen für die Erbanfallsteuer und werden auch sonst voraussichtlich alles tun, was möglich ist, um die Vorlagen im Sinne der Regierung unter Dach zu bringen. Vielleicht findet sich doch ein Weg zur Anknüpfung zwischen Konservativen und Nationalliberalen, und wenn erst einmal eine Grundlage zur Verständigung zwischen diesen Parteien hergestellt ist, so wird man wohl auch auf einen positiv gerichteten Teil der Freisinnigen rechnen können. Das ist ein schwacher Hoffnungsschimmer, der aber nicht völlig übersehen werden darf, wenn man bedenkt, wie allgemein die Notwendigkeit, der Finanznot des Reichs zu steuern, empfunden wird, und wie groß die Übereinstimmung jetzt schon darüber ist, daß die anfänglich so stark angezweifelte Summe von fünfhundert Millionen Mehrbedarf wirklich beschafft werden muß.

Die Regierung ist in ihren Erbschaftsteuervorschlägen der Stimmung des Reichstags weit entgegengekommen. Sie hat einen Teil der Rolle, den die Besitzsteuern in dem Reformprogramm spielen sollten, gewissen Verkehrssteuern zugeschoben, da diese ja von den Konservativen als „Besitzsteuern“ ausgegeben werden. Sie sind es nicht in dem Sinne, wie es eigentlich in dem Reformprogramm gemeint war; das haben wir erst kürzlich an dieser Stelle ausgeführt. Aber wenn nun einmal der unbestimmte Begriff aus seinem Zusammenhang gerissen und so gedeutet werden soll, daß nicht der Besitzende nach dem gesamten Umfang seines Besitzes zum Ausgleiche für die stärkere Belastung der Ärmeren durch die höhere Besteuerung des Massenverbrauchs herangezogen werden soll, sondern irgendeine besondere Art des Besitzes, die sich angeblich besonders zur Besteuerung eignen soll — dann wird man allerdings diesem Gedanken kaum anders Rechnung tragen können, als es in

den neuesten Vorschlägen der verbündeten Regierungen geschehn ist. Sie sind auf den Gedanken der Wertzuwachssteuer für Grundstücke nicht eingegangen, aber sie haben sich einen verwandten, weniger stark in die kommunalen Bedürfnisse eingreifenden Vorschlag zu eigen gemacht, die Erhebung einer Stempelabgabe für das Reich bei Grundstücksübertragungen. Damit aber nicht nur der Grundstücks-, sondern auch der Geldverkehr herangezogen wird, ist zugleich die Erhöhung des Wechselstempels und die Einführung eines Scheckstempels in Aussicht genommen worden. Um noch eine weitre allgemeine Heranziehung des Besitzes zu ermöglichen, ist dann ein Quittungstempel auf Feuerversicherungsprämien vorgeschlagen worden. Da die Feuerversicherung die am weitesten und allgemeinsten verbreitete Versicherungsart ist und die Versicherungssumme einen gewissen Maßstab für den Besitz gibt, so ist diese mäßige Stempelabgabe wirklich allenfalls als eine Art von Besitzsteuer zu betrachten, die die Einzelstaaten unbeforgt dem Reich überlassen können. Alle diese Steuerprojekte können doch aber nur Ergänzungen für eine wirkliche Besitzsteuer im ursprünglichen Sinne sein, und es bleibt eben nur eine einzige Steuer dieser Art übrig, die ohne Eingriffe in die Finanzhoheit der Einzelstaaten möglich ist, das ist die Erbschaftsteuer in ihren verschiedenen Formen und Möglichkeiten. Darum sind die verbündeten Regierungen genötigt gewesen, an der Erweiterung der Erbschaftsteuer festzuhalten. Selbst die agrarische Presse hat anerkannt, daß hierbei das Bestreben obgewaltet hat, den besondern Verhältnissen, den Wünschen und Bedürfnissen der Landwirtschaft nach Möglichkeit entgegenzukommen. Alles Entgegenkommen jedoch vermag aber nichts daran zu ändern, daß die verbündeten Regierungen das prinzipielle Opfer fordern müssen, die Erweiterung der Erbschaftsteuer auch von denen genehmigt zu sehen, die nicht aus praktischen Gründen, sondern aus Grundsatz ihre Gegner sind.

Die alte Schwierigkeit hat also bleiben müssen, weil es nun einmal keinen andern Weg gibt. Der Sprecher der Konservativen, Graf Westarp, hat wenigstens das Verdienst, den eigentlichen Differenzpunkt — die verschiedene Deutung des Begriffs „Besitzsteuer“ — nicht vertuscht, sondern klar hervorgehoben zu haben. Er lehnte eine Besitzbesteuerung, die den Besitzenden nach der Größe ihres Vermögens auferlegt wird, mit klaren Worten ab und will nur bestimmte Formen des Besitzes besteuert wissen. Was hier wenigstens zu begründen versucht wurde, das wird in der agrarischen Presse als das selbstverständlichste von der Welt behandelt, als ob nie von etwas anderm die Rede gewesen wäre. Diese Presse macht jetzt schon gar keine Versuche mehr, die angestrebte Befreiung des leistungsfähigen Grundbesitzes von der Beteiligung an der Mehrbelastung für das Reich zu verschleiern; sie rechnet es sich im Gegenteil zum größten Verdienst an, alles auf das „mobile Kapital“ abwälzen zu können. Daß dieses „mobile Kapital“ auch zu einem guten Teil in den Händen des Mittelstandes ist, für den man sich sonst mit leidenschaftlichem Eifer einsetzt, wird natürlich verschwiegen. Aber die ganze Ausdrucksweise, die dabei angewandt wird, und die den Leuten noch aus der Zeit geläufig ist, als unter ganz andern Verhältnissen ein Kampf zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Erwerbsgruppen ausgefochten wurde, ist sehr geeignet, die Leidenschaften zu erregen und irreführend, und so darf man die Gefahr dieser Agitation nicht geringschätzen, da das früher vorhandne Gegengewicht, das Staatsgefühl der führenden konservativen Kräfte und ihre Abneigung gegen Demagogentum und Phrasen, neuerdings zum größten Teil abhanden gekommen ist.

Die durch den neuen Hansabund organisierte Gegenbewegung ist von der agrarischen Seite mit reichlichem Spott und Hohn bedacht worden. Das ist sachlich nicht gerechtfertigt. Noch weniger ist Grund zur Gehässigkeit vorhanden, denn die Versammlung im Zirkus Schumann in Berlin hat zwar leidenschaftlich erregt ge-

sprochen, hat jedoch in ihren sachlichen Ansprüchen nicht zur Hälfte das erreicht, was der Bund der Landwirte seit langer Zeit für sich gefordert hat. Es ist streng der Charakter der Abwehr gewahrt worden. Freilich ist aber auch die Frage noch offen, wie es mit dem Erfolg der Bewegung ausfallen wird. Man muß die Sache arbeiten, sich entwickeln lassen. Um für die augenblicklich bevorstehende Entscheidung viel zu erreichen, dazu ist die Veranstaltung wohl zu spät gekommen. Und nicht ganz von der Hand zu weisen ist die Befürchtung, daß im Hanjabund Strömungen die Oberhand gewinnen, die entweder den Bund wieder auseinandertreiben oder ihn ebenfalls zu Einseitigkeiten, Übertreibungen und gemeinschädlichen Bestrebungen führen.

Vorläufig ist es von Nutzen, daß Handel, Gewerbe und Industrie auch einmal das gemeinsame Interesse fördern und betätigen wollen, daß von ihnen eine politische Einwirkung ausgeht, die sich weder im engsten Kreise des unmittelbaren Nutzens erschöpft — sonst konnte nur die Börsengesetzgebung, die Zoll- und Handelspolitik diesen Herren das Blut etwas wärmer machen — noch in der ödesten Ude des wirtschaftlichen Liberalismus verliert. Diesmal gilt es, die legitime Stellung dieser ganzen Erwerbsgruppen innerhalb der Gesamtheit zu wahren, und das ist ein Ziel, um dessentwillen man Sonderwünsche und Lieblingsideen schon einmal zurückstellen kann.

Einen wichtigen Hinweis möchten wir an dieser Stelle nicht übergehen. Die Zukunft ist so ungewiß, daß auch die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstags nicht außerhalb der Erwägung bleiben kann. Fürst Bülow will zwar dieses Mittel nicht versuchen, er würde sich lieber selbst zum Opfer bringen, und es läßt sich wohl annehmen, daß auch die Bundesregierungen dem Gedanken abhold sind. Wir meinen aber, daß sich der Abgeordnete Wasserhagen, der neulich vortrefflich gesprochen hat, ein Verdienst erworben hat, als er diese Frage in eine neue Beleuchtung rückte. Angenommen, es käme wirklich zu einem Kanzlerwechsel; was sollte der neue Kanzler in seiner Lage etwa anfangen, als entweder auflösen oder sich der konservativ-kerikalen Mehrheit unterwerfen? In diesem Falle würden die Neuwahlen eine schlimme Quittung erteilen. Und darüber soll man sich doch nicht im unklaren sein: was wir jetzt für den Fall einer Auflösung befürchten, das haben wir bei den nächsten Wahlen ohnehin in reichem Maße, nämlich die Rückkehr einer sozialdemokratischen Hochflut. Was wir aber im Falle des Sieges der konservativen-kerikalen Mehrheit bei der gegenwärtigen Reichsfinanzreform außerdem noch für die nächsten Wahlen hinzubekommen, das ist das Zurückfallen der gebildeten, auf die Parteipolitik nicht besonders eingeschworenen Kreise und sehr tüchtiger, gegen den Sozialismus immuner Volksschichten in die frühere Gleichgiltigkeit, Resignation, Verdrossenheit und Verbitterung. Die Leute, die jetzt über den Zusammenbruch des Blocks höhnen, wissen nicht, was sie tun. Fürst Bülow hat sich neulich in seiner Rede unter deutlicher Anspielung auf die Kritik eines mecklenburgischen Namensvetters, der in der Blockpolitik nur den Gedanken eines „geistreichen Diplomaten“ sah, mit vollem Recht auf das Urteil der Nachwelt berufen. Das ist gewiß richtig, nur könnte man ihm vielleicht zurufen: Warum in die Ferne schweifen? Das Verständnis im deutschen Volke für die Blockpolitik ist schon heute viel tiefer und verbreiteter, als es in unserm Parlament zum Ausdruck kommt. Die Auswahl der Kandidaten, die ganzen Verhältnisse bei den Wahlen sorgen dafür, daß alles hübsch im alten Schema bleibt und keinerlei Entwicklung von Ideen möglich wird, und in der parlamentarischen Arbeit selbst haben nur wenige die Kraft, die innere Unabhängigkeit von den Überlieferungen der Fraktionen zu wahren und in den Grenzen der Parteidisziplin an der zeit-

gemäßen Weiterentwicklung der Partei-Ideen selbständig mitzuarbeiten. Ganz hat sich ja sogar der Reichstag den neuen Ideen und den Absichten seiner Wähler nicht entziehen können, ein Beweis, wie wahr und lebenskräftig sie sind. Aber die Dornsaat des alten Parteilchlendrians und der Parteiverbohrtheit ist mit aufgegangen und hat in diesen zwei Jahren das Menschenmögliche von den ursprünglichen Meinungen und Absichten des Wählerbruchteils, der den Wahlen von 1907 ihre Farbe gegeben hat, erstickt. Weil es jetzt bei der ersten größern und schwierigeren nationalen Aufgabe, die zu lösen ist, den alten Schädlingen aus vergangener Zeit gelungen ist, den Parteigeist in der alten Form zu entfachen, weil die beschränkten Köpfe auf beiden Seiten nicht begriffen haben, was unter diesen Zeitverhältnissen ihres Amtes und Mandats war, deshalb sollen wir stillschweigend die Fälschung dieser Leute dulden, das deutsche Volk habe das selber so gewollt, und Fürst Bülow habe sich getrtt? Nein, umgekehrt wird die Sache richtig! Fürst Bülow hat richtig verstanden, was die besten Kreise des Volks gewollt und gemeint haben, und die Volksvertreter haben das verpfuscht. Diese Kreise des deutschen Volks sind nicht, wie sie aus Bequemlichkeit oder Bosheit von den Generalpäpsten der approbierten Parteiweisheit verschrien werden, „parteilos“; sie haben ihre bestimmte Art, politische Dinge anzusehen, sind überzeugte Konservative oder Liberale wie die andern auch, sie fügen sich der politischen Disziplin und Organisation, wo es notwendig ist, sie wollen auch keineswegs die Gegensätze verwischen und ausgleichen, aber sie wollen allerdings die Parteigegensätze endlich aus einem andern Gesichtspunkt gesehen, auf eine andre Grundlage gestellt wissen. Es widerstrebt ihnen, sich die alten Phrasen und Schlagworte aus der Zeit der Verfassungskämpfe wiederläuen zu lassen, Dinge, die 1848 einmal wahr waren. Es widerstrebt ihnen ebenso, in einer andern Einseitigkeit stecken zu bleiben, der das Deutsche Reich allmählich entwachsen sein muß, nämlich dem Versuch, die alte Form der Parteiüberlieferungen dadurch zu retten, daß man sie mit wirtschaftlichen Interessenkämpfen verquickt und wirtschaftliche Eignisucht und Einseitigkeiten der kindlichsten Art für notwendige Bestandteile des politischen Glaubensbekenntnisses erklärt. Deshalb hat die Blockpolitik eine weit größere Bedeutung, als ihr der stumpfsinnige Spott oder die Begriffsstutzigkeit mancher Parlamentsgrößen zuweisen möchte, und daß dieser Gedanke nicht etwas so ungeheuerliches ist, wird dadurch bewiesen, daß in andern Ländern ein derartiges Verhältnis der Parteien als selbstverständlich gilt.

Nur noch einige Worte über die Kaiserbegegnung bei Björköe in den finnischen Schären. Dem, was wir schon neulich über das Ereignis bemerkt haben, haben wir eigentlich nichts Besondres hinzuzusetzen. Es versteht sich von selbst, daß sich die Deutungskunst der politischen Sternkundigen an den Trinksprüchen versucht. Jedes Wort wird siebenmal herumgewandt, um zu untersuchen, ob nicht noch ein verborgener Sinn darin steckt. Wie es immer bei solchen Gelegenheiten ist, erscheint unwillkürlich der zuerst Begrüßende als der Zurückhaltendere, weil es im Wesen einer herzlichen Erwiderung liegt, daß sie nicht mit absoluter Genauigkeit die Linie der ersten Ansprache festhalten kann, weil sie eben sonst kühl und frostig klingen würde. Jede Erwiderung rückt immer einen kleinen Schritt näher. Das weckt unwillkürlich eine Erinnerung. Als König Eduard der Siebente den Kaiser im Juni 1904 in Kiel besuchte, war natürlich Kaiser Wilhelm der erste Sprecher; er begrüßte seinen königlichen Oheim mit herzlicher Wärme, aber förmlich und ohne über die persönliche Höflichkeit hinauszugehen. Der König antwortete mit gesteigerter Wärme und fügte in seine Erwiderung eine freundliche Bemerkung politischer Natur über die Beziehungen der beiden Nationen. Das setzte die deutsch-

feindliche Presse des Auslandes so sehr in Verlegenheit, daß später die Worte König Eduards einfach dem Kaiser in den Mund gelegt wurden. Man wird hier nach beurteilen können, was es zu bedeuten hat, wenn in der französischen und englischen Presse hier und da mit Genugtuung bemerkt wird, Kaiser Wilhelm sei dem Zaren weiter entgegengekommen als dieser ihm. Tatsache ist, daß beide Trinksprüche auf den allerherzlichsten Ton der Freundschaft und des persönlichen Vertrauens abgestimmt waren, und nur darin darf vielleicht eine besondere politische Absicht gesehen werden, daß Kaiser Wilhelm seine guten Wünsche für die Entwicklung Rußlands in den Bahnen, die die Weisheit seines Kaisers ihm vorgezeichnet hat, ausdrückte. Offenbar wollte Kaiser Wilhelm bei dieser Gelegenheit wieder dem alten Lügenmärchen die Nahrung entziehen, jenem Märchen, wonach er auf den Kaiser Nikolaus im Sinne der Aufrechterhaltung des absoluten Regiments eingewirkt haben sollte. Wir bewegen uns hinsichtlich unsers Verhältnisses zu Rußland gewiß in keinen Illusionen, aber es muß zum Nutzen beider Länder und des Weltfriedens gereichen, wenn zwischen ihren Dynastien und Regierungen persönliche vertrauensvolle Beziehungen hergestellt sind.

Aus dem Wirtschaftsleben

21. Juni 1909

(Der Hansabund. — Zweimonatsbilanzen der Banken. — Verleitung zur Spekulation. — Warnung für kaufmännische und technisch-industrielle Angestellte.)

Am 12. Juni veranstaltete der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes zusammen mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller im Zirkus Schumann zu Berlin eine imposante Abwehrversammlung gegen die Steuerprojekte der konservativ-kerikalen Mehrheit. Handel und Industrie weigern sich nicht, zum Gelingen der Reichsfinanzreform nach Kräften beizutragen. Die Protestbewegung wurde vielmehr angefaßt durch die systematischen Bestrebungen der Agrarier, alle Steuern, die sie selbst mit zahlen sollten, zurückzuweisen, während ihre Erfindungsgabe im Ersinnen solcher Steuern, die Bank- und Handelskreise allein zu tragen haben, schier unerschöpflich ist. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich die Börsekreise jetzt überhaupt weigern, die Rotterungssteuer anzunehmen. Jede politische Partei vertritt heutzutage mehr als je wirtschaftliche Interessen, und wohl jede hat von der äußersten Linken das Prinzip angenommen, ihre Forderungen so laut wie möglich zu stellen und das Ziel späterer Jahre schon heute zu fordern in der Erwägung, daß ein ausreichender Fortschritt erreicht sei, wenn auch nur die Hälfte der gestellten Forderungen erfüllt werde. Aber die extremen Agrarier haben in ihren Forderungen jedes erlaubte Maß überschritten. Sie scheinen ganz vergessen zu haben, daß Deutschland doch hauptsächlich Industriestaat ist, und zwar ein Industriestaat, der noch lange nicht am Ende der Entwicklung angelangt ist. Es wäre nun unbedingt eine schwere Schädigung des Landes, wenn man diesen Entwicklungsgang durch hohe Steuern hemmen wollte. Von der jeweiligen Lage von Handel und Industrie hängt das Wohl und Wehe des gesamten Landes ab. Die Schaffung neuer lohnender Arbeitsgelegenheit ist auch die beste Arbeiterfürsorge, wie der Geh. Kommerzienrat Rixdorf in der Versammlung durchaus richtig bemerkte, während seine übrigen Ausführungen über die „übertriebene und falsch verstandene soziale Gesetzgebung und Fürsorge“ recht weltfremd anmuteten.

Die rücksichtslose Weigerung der Agrarier, im Interesse des Landes Steuerlasten auf sich zu nehmen, hat einem Redner das harte Wort aufgedrängt: Der

Landwirt ist ein Mann, der dem Boden etwas abgewinnen will, aber der Agrarier ist ein Mann, der seinem Nächsten etwas abzugewinnen sucht. Man wird diese Worte verstehen, wenn man beachtet, daß der Redner als Vertreter eines tatsächlich notleidenden Standes, des Mittelstandes im Bankgewerbe, sprach. Der Privatbankier war durch die Bestimmungen des Börsengesetzes schon schwer genug getroffen; er würde, falls die Notierungs- und Umsatzsteuer Gesetz würde, auf das allerschwerste geschädigt werden. Eine solche Schädigung läge aber auch nicht im Interesse der Agrarier, denn sie würde nur eine neue Stärkung der Großbanken bedeuten, und daran haben die Agrarier doch bisher kein Interesse bekundet.

Die Versammlung im Zirkus Schumann, an der mehr als sechstausend Personen teilnahmen, war eine machtvolle Kundgebung gegen die einseitige wirtschaftliche Interessenpolitik des Bundes der Landwirte. Großhandel und Großindustrie, Mittel- und Kleingewerbe und auch das Handwerk, sie alle hatten Vertreter gesandt, die trotz der vielfach auseinandergehenden Interessen einmütig ihrem festen Entschluß Ausdruck gaben, die zahlreichen gemeinsamen Interessen gegenüber den im Bunde der Landwirte fest organisierten Agrariern durch eine ähnliche Organisation zu vertreten.

Der überaus würdige Verlauf der Versammlung unter der glänzenden Leitung Professor Nießers und der unauslöschliche Eindruck auf alle Teilnehmer lassen sich schwer beschreiben.

Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der die Versammlung die Durchführung der Reichsfinanzreform als die derzeit dringendste Aufgabe der Gesetzgebung bezeichnet. Sie legt jedoch Verwahrung ein gegen das von der Finanzkommission des Reichstags angenommene Steuerprogramm und ist der Überzeugung, daß die Reichsfinanzreform neben der Einführung von Verbrauchsabgaben den gesunden Gedanken einer allgemeinen Besitzsteuer, am zweckmäßigsten in der Form einer Erbanfallsteuer, zu verwirklichen hat.

Den Höhepunkt erreichten jedoch die Verhandlungen, als am Schluß, nach einer glänzenden Ansprache Nießers, durch die Versammlung der „Ganjabund für Gewerbe, Handel und Industrie“ gegründet wurde, dessen Geburtsstunde der Vorsitzende möglicherweise als einen geschichtlichen Wendepunkt für das deutsche Bürgertum bezeichnete.

Lebhaften Beifall fand unter den zahlreichen Rednern auch der Vorsitzende des Deutschen Bankbeamtenvereins, Fürstenberg, der, mit ungewöhnlicher Rednergabe ausgestattet, zum Ausdruck brachte, daß die deutsche Bankbeamtenschaft in diesem Augenblick keinen Unterschied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kenne. Vom Gedeihen von Handel und Industrie hänge der soziale Fortschritt der Angestellten ab, und so sei die Parole in diesem Augenblick: Ein Gewerbe, eine Schlachtreihe. Fürstenbergs Worte mußten auch Aufmerksamkeit erregen; kann er doch heute schon dem Ganjabunde annähernd 19000 Mann Truppen zuführen, was um so leichter sein dürfte, als der Jahresbeitrag für Angestellte auf nur eine Mark (für Firmeneinhaber auf drei Mark) bemessen ist.

Über der imposanten Kundgebung darf man nicht vergessen, was in den einzelnen Zweigen von Handel, Industrie und Bankwesen reformbedürftig ist. Zum zweitenmal veröffentlichten die Banken ihre Zweitmonatsbilanzen. Schon jetzt kann man erkennen, wie vorteilhaft es war, daß die Verhandlungen der Bankenquete über das Depositenwesen bis zum Herbst vertagt worden sind. Die Kommission kann nunmehr seinerzeit die wertvollen Lehren benutzen, die die freiwillige Publikation einiger Banken gegeben hat. Die wertvollste Lehre ist die, daß die Zweitmonatsbilanzen von nur sehr geringem Werte sind, ja daß sie unter Umständen eine

	Deutsche Bank		Dresdner Bank		Diskonto-Ges.		Darlehensgeber		Schatzkauf.		Com. u. Dist.		National-Bank		Mittelb. Gr.		Allg. Deutsche Kredit-Anstalt	
	28. Febr.	30. April	28. Febr.	30. April	28. Febr.	30. April	28. Febr.	30. April	28. Febr.	30. April	28. Febr.	30. April	28. Febr.	30. April	28. Febr.	30. April	28. Febr.	30. April
Aktiva																		
Kasse, fremde Geldsorten und Kupons	55,71	114,82	22,57	23,95	15,12	30,44	19,71	50,25	10,49	11,83	8,48	13,01	5,60	5,85	5,77	6,24	7,35	7,60
Wechsel u. deutsche Schatzanweisungen bei Banken u. Bankeiers	684,79	646,83	243,91	259,96	197,15	194,78	141,11	159,04	77,93	67,45	80,81	80,77	53,15	49,83	29,29	29,38	92,84	81,14
Reportis und Lombards	47,78	71,31	53,58	31,76	51,01	67,23	20,73	29,61	8,02	12,42	13,60	20,20	8,19	14,06	2,28	2,98	7,78	8,74
Vorräthe auf Waren u. Waarenverpflichtungen	210,73	234,97	102,54	117,88	55,63	74,58	84,13	91,53	31,12	29,53	46,30	44,95	61,16	63,60	19,86	21,99	7,45	7,06
Vorräthe auf Waren u. Waarenverpflichtungen	51,38	43,68	39,67	40,65	87,11	79,24	10,72	11,68	—	—	11,67	13,98	—	—	1,00	1,43	18,25	18,53
Eigene Wertpapiere	50,48	36,02	61,15	57,22	32,64	33,42	51,03	47,04	46,13	42,71	38,96	31,21	24,48	24,55	5,36	5,13	19,52	21,34
Konfortialbeteiligungen	29,62	24,19	42,18	41,72	53,32	63,16	47,12	46,05	29,85	28,33	11,04	13,66	31,68	32,73	7,88	7,85	8,80	8,30
Dauernde Beteiligung b. andern Bankinstituten und Unternehmungen	73,32	65,40	31,66	31,49	102,40	100,48	35,41	33,61	24,59	24,27	10,07	10,09	—	—	2,43	2,43	16,76	16,76
Debitoren in laufender Rechnung	662,55	651,19	462,02	449,42	278,30	270,85	264,77	257,98	307,30	313,44	147,98	152,76	144,47	139,94	99,39	100,07	190,69	187,58
Passiva																		
Aktienkapital	200,00	200,00	180,00	180,00	170,00	170,00	154,00	154,00	145,00	145,00	85,00	85,00	80,00	80,00	54,00	54,00	90,00	90,00
Reserven	101,83	103,70	51,50	51,50	57,59	57,59	30,25	30,25	34,15	34,15	12,70	12,80	12,32	13,22	7,43	7,68	37,85	37,85
Kreditoren in laufender Rechnung	823,49	872,83	415,32	408,52	227,28	278,53	287,95	356,95	202,78	207,19	131,13	141,47	141,03	151,34	49,62	56,44	101,58	93,69
Depositengeber	469,08	479,73	210,14	212,63	212,95	230,82	99,39	95,05	71,50	74,64	76,38	74,05	34,42	34,10	17,60	17,42	89,86	93,72
Akzte und Schecks	256,36	249,04	211,87	223,49	191,03	179,76	101,03	98,14	84,08	82,21	61,69	70,00	55,90	52,77	43,91	45,36	57,56	58,15
Moal.-Verpflichtungen	86,05	84,14	36,28	35,80	36,31	37,26	16,83	16,14	49,76	50,44	16,65	16,83	9,98	11,23	3,85	4,69	3,56	3,46
Sonstige Passiven	39,84	15,15	20,81	4,55	21,03	4,06	10,62	0,34	15,30	3,16	11,57	8,92	8,67	3,77	6,65	2,51	15,84	6,07

Gefahr werden können, nämlich dann, wenn minder vertrauenswürdige Firmen durch häufige Veröffentlichung nichtsagender Bilanzen Kunden heranzuziehen suchen.

Das, was die Öffentlichkeit erstrebt, eine verschärfte Kritik der Geschäftsführung und des Status der Banken, ist auf Grund des jetzt üblichen Bilanzschemas nicht möglich. Die wenigen Positionen, die unsre Tabelle auf Seite 648 enthält, geben wohl in groben Zügen ein Bild von der Lage der Banken, aber nur immer das Bild, das die Banken geben wollen.

Es handelt sich aber nicht nur darum, die Sicherheit der Depositengelder zu verstärken, sondern man hofft, durch eine größere Öffentlichkeit eine Befundung unsers Kreditwesens überhaupt herbeiführen zu können.

Die zahlreichen Wünsche der Fachpresse, in welcher Weise das Bilanzschema zu diesem Zwecke auszubauen sei, sind zum erstenmal von Georg Bernhard, dem Herausgeber des *Blutus*, in einem Schema vereinigt und vor Jahresfrist der Bankenquettekommision vorgelegt worden. Die Vorschläge Bernhards sind so wohl durchdacht und durchweg ohne allzugroße Belästigung der Banken ausführbar, daß wir uns ihnen durchaus anschließen möchten. Sein Normalschema einer Jahresbilanz siehe Seite 650.

Im Anschluß an unsern letzten Bericht aus dem Wirtschaftsleben geben wir heute einen besonders krassen Fall von Verleitung zur Spekulation wieder, den ein Leser der Frankfurter Zeitung dieser mitteilt: Durch Anzeigen in deutschen Blättern empfahl sich kürzlich ein Remissier der Pariser Börse zur Mitteilung über chancenreiche Effekten. Daraufhin ließ ich durch einen Angestellten unter seinem Namen anfragen. Auf diese Anfrage kam dann zunächst ein Schreiben, worin die Firma Jean Laborie & Cie. in Paris ihre Dienste anbot und auf Randmines, Goldfelds, East-Rand sowie auf Toula und Hartmann als chancenreiche Papiere hinwies. Dieser Brief ging vorgestern hier ein, gestern bereits kam um die Mittagszeit als Vertreter der Firma Laborie & Cie. ein gewisser Eugen Levit, angeblich in Paris wohnhaft, und versuchte zunächst meinen Angestellten und, nachdem er wohl gemerkt hatte, daß dieser nur von mir vorgeschoben war, mich persönlich auf alle nur erdenkliche Art und Weise zum Ankauf von Jagersfontein, Debeers, Goldminenaktien und Kupferwerten zu bewegen, wobei er so weit ging, daß er mir 200 Stück irgendwelcher Aktien mit einer Anzahlung von 2000 Frankfr. offerierte, während es „sonst stets das Doppelte“ kostete. Weil ich aber als ein seriöser Mann bekannt sei (ich kenne weder die Firma, noch die Firma mich), lege seine Firma Wert darauf, mit mir ins Geschäft zu kommen, und er „garantiere“ (!!!) mir, daß ich mindestens bis zum 1. Juli 10000 Frankfr. verdienen würde, wenn ich bei dem heutigen Kurse mir je 100 Robinson und 100 Jagersfontein kaufen würde. Schließlich bedurfte es gar keiner Anzahlung mehr, ich solle das Geld Anfang Juni einsenden, sobald es mir passe, aber bis dahin brauche ich überhaupt das Geld nicht mehr einzusenden, die Papiere würden inzwischen schon so hoch gestiegen sein, daß ich sie mit hohem Nutzen wieder verkaufen könnte. Herr Levit wohnt zurzeit in Düsseldorf und macht von dort aus zunächst die ganze Rheingegend „glücklich“, von dort beabsichtigt er seine Reise über Hannover und Sachsen nach dem Osten des Reiches fortzusetzen.

Vielleicht können Sie durch einen rechtzeitigen Hinweis doch noch manchen Leser vor den tobstürmischen Verlusten, die aus der Geschäftsverbindung mit Laborie & Cie. erwachsen dürften, bewahren, weshalb ich Ihnen vorstehende Angaben in dieser Ausführlichkeit unterbreite.

Häufig ist schon vor jenen Firmen gewarnt worden, die Angestellten mit Bareinlagen oder gegen „Kautions in Bar“ zu engagieren suchen. Solche Firmen pflegen kurz vor dem Zusammenbruch zu stehn. Kredit wird ihnen in Bankkreisen nicht

Aktiva:	Passiva:
Bestand an Gold, Silber und Banknoten:	Aktienkapital:
Guthaben bei der Reichsbank:	Reserven:
Guthaben bei andern deutschen Notenbanken:	1. Gesetzmäßige Reserven:
Noten-Coupons und gekündigte Wertpapiere:	2. Außerordentliche Reserven:
Kurzfristige Schatzanweisungen des Reiches oder eines andern deutschen Bundesstaates:	Buchgemäße Verpflichtungen:
Wechsel auf das Inland:	1. Schulden an Banken und Bankiers auf Konto Nostro:
1. Mit vierwöchiger Laufzeit:	a) an inländische Gläubiger:
2. Mit längerer Laufzeit:	b) an ausländische Gläubiger:
Wechsel auf das Ausland:	2. Einlagen zum Depositenzinsfuß:
Reports:	a) täglich kündbar:
1. Reportierte Wertpapiere:	b) mit monatlicher Kündigungsfrist:
2. Reportierte Waren:	c) mit längerer Kündigungsfrist:
Lombard-Darlehen:	3. Kontokorrent-Kreditoren:
1. Lombards gegen Hinterlegung von Wertpapieren:	a) inländische Kreditoren:
2. Lombards gegen Hinterlegung v. Waren:	b) ausländische Kreditoren:
3. Vorkäufe gegen Verpfändung von Konossementen:	Akztepte:
Guthaben auf Konto Nostro:	Kvalkredite:
1. Bei deutschen Banken und Bankiers:	Sonstige Bürgschaftsverpflichtungen:
2. Bei ausländischen Banken und Bankiers:	
Guthaben in laufender Rechnung:	
1. Bei Kommanditen und Privatfirmen:	
2. Bei ausländischen Schuldnern:	
3. Bei inländischen Schuldnern:	
Von letzteren:	
a) unbedeckt:	
b) d. börsengängige Wertpapiere bedeckt:	
c) durch andre Sicherheiten bedeckt:	
Bürgschaftsdebitoren:	
Kommandit-Beteiligungen:	
Dauernder Besitz an Aktien oder sonstigen Gesellschaftsanteilen:	
Eigne Wertpapiere:	
1. Mündelsichre inländische Papiere:	
2. Sonstige bei der Reichsbank beleihbare inländische Wertpapiere:	
3. Ausländische bei der Reichsbank beleihbare Wertpapiere:	
4. Ausländische bei der Bank von Frankreich, der Bank von England beleihbare oder in Amerika zur Deckung der Notenausgabe zugelassne Wertpapiere:	
5. Sonstige ausländische Obligationen:	
6. Sonstige inländische Obligationen:	
7. Inländische börsengängige Aktien:	
Davon: a) voll gezahlt: b) nicht voll gezahlt:	
8. Inländische Aktien ohne Börsennotiz:	
Davon: a) voll gezahlt: b) nicht voll gezahlt:	
Konfortialeinzahlungen auf:	
1. Inländische Wertpapiere:	
a) Staatsanleihen:	
b) sonstige Obligationen:	
c) Aktien:	
2. Ausländische Wertpapiere:	
a) Obligationen: b) Aktien:	
3. Sonstige Geschäfte:	
Immobilien:	
1. Gebäude zu eigenem Gebrauch:	
2. Andre Gebäude:	
3. Terrains:	

mehr gewährt, und so versuchen sie in dieser nichtswürdigen Weise, sich neues Betriebskapital zu verschaffen. Besonders zur Zeit der wirtschaftlichen Depression, wenn die Großbetriebe Angestellte in großer Zahl entlassen, blüht der Weizen dieser Firmen.

Wie verlautet, hat eine kleinere Berliner Firma, die sich mit dem Bau elektrischer Kraftzentralen befaßt, in der letzten Zeit mehrere junge Ingenieure auf diese Weise um bedeutende Summen geschädigt. Dem Vernehmen nach will der Bund der technisch-industriellen Beamten dafür sorgen, daß der gemeingefährlichen Firma das Handwerk gelegt wird.

Vor dem Abschluß von Verträgen mit Unterbeteiligung u. dgl. ist grundsätzlich abzuraten, und Kauttionen sind nur zu stellen, wenn für die Sicherheit der hinterlegten Wertpapiere ausreichende Gewähr geleistet wird.

Volksvermögen, Hypotheken und Bodenpreis. Im siebenten Heft der Grenzboten ist in dem Bericht über Schnapper-Arndts „Sozialstatistik“ erwähnt worden, daß Schnapper die Berechnung des preussischen Volksvermögens nach der Einschätzung zur Steuer für fehlerhaft erklärt, weil dabei vom Vermögen der Grundbesitzer die Hypotheken abgezogen würden, die doch nicht den Wert des Grundstücks, sondern nur den Besitzanteil des Eigentümers daran vermindern, sodaß sich für den Bodenwert eine zu niedrige, für das mobile Kapital eine zu hohe Summe ergebe. Der Herr Geheime Regierungsrat Maag in Düsseldorf erklärt in einem Briefe an uns diesen Tadel für unbegründet. Nach den „Mittellungen aus der Verwaltung der direkten Steuern“ (Verlag des Kgl. Statistischen Landesamts) werde „das reine Grundvermögen angesehen, wie es unsre Steuerlisten ergeben, ohne Rücksicht darauf, ob und wie hoch es belastet ist“. Erst hinterher würden „die Kapitalschulden“ beziffert und von der Summe der Vermögensarten: Kapital, Grundbesitz, Handlungsvermögen gekürzt. So ergebe sich zum Beispiel für die natürlichen Personen mit Einkommen von über 3000 Mark im Jahre 1908: Kapitalvermögen 38,05, Grundbesitz 35,22, Schulden 19,1 Milliarden. Es kommt jedoch eben darauf an, wie die Berechner des Nationalvermögens die 19,1 Milliarden Schulden verwenden. Um klar zu machen, wie Schnapper seinen Vorwurf begründet, müßten wir den ganzen Abschnitt seines Buches von Seite 268 bis Seite 292 abdrucken. Zur Ergänzung der kurzen Notiz im siebenten Hefte sei nur noch erwähnt, daß Schnapper den preussischen Zensus von 1901 zugrunde legt, und daß er zeigt, wie bei der Berechnung des Nationalvermögens aus den Steuerlisten, also nach der Personal- statt nach der Realmethode, grobe Fehler unvermeidlich seien, unter anderem aus dem Grunde, weil die nicht steuerpflichtigen Einkommen und darum auch die Quellen, aus denen sie fließen, außer Ansatz bleiben. Zu diesen Quellen gehören aber auch Grundstücke. — Bei dieser Gelegenheit möge noch an eine Vermögensschätzung erinnert werden, die ebenfalls einer Korrektur zu bedürfen scheint. Professor Delbrück ist unter anderem auch am 21. März im Jungliberalen Verein zu Großberlin für die Reichsfinanzreform eingetreten; er hat da erwähnt, daß in einer Statistik von Steinmann-Bucher das deutsche Volksvermögen auf 350 Milliarden geschätzt werde, und daß er selbst in einer Konferenz mit hohen Finanzbeamten das gegen Feuer versicherte Eigentum auf 180 Milliarden berechnet habe, während für die Vermögenssteuer nur $91\frac{1}{2}$ Milliarden deklariert seien. Dazu komme noch „der Wert des Grund und Bodens auf dem Lande und der sehr viel wertvollere Grund und Boden in den Städten usw.“ Die Steigerung des Bodenwertes in den Großstädten mag solchen Besitzern, die ererbten Kartoffelacker teuer verkauft oder Boden und Häuser noch

in der wohlfeilen Zeit gekauft haben, einen ungebührlichen Konjunkturalgewinn abgeworfen haben, und von seiten der Gerechtigkeit — nur die Zweckmäßigkeit kann vielleicht angefochten werden — ist nichts gegen die Forderung einzuwenden, daß solcher Gewinn nach Damaschkes Grundsätzen besteuert werde. Aber den großstädtischen Bodenwert dem Rationalvermögen voll zuzurechnen, wäre verkehrt, denn die Gesamtheit wird dadurch nicht reicher, sondern ärmer, daß ein Teil von ihr ein Zehntel, ein Achtel, ein Fünftel, ein Viertel seines Arbeitseinkommens opfern muß, um nur wohnen und mitunter nichts weniger als gesund und schön wohnen zu können.

Zur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 3. Vierteljahr ihres 68. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 6 Mark. Wir bitten, die Bestellung schnellig zu erneuern.

Unsre Leser machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß die Grenzboten regelmäßig jeden Donnerstag erscheinen. Wenn Unregelmäßigkeiten in der Lieferung, besonders beim Quartalwechsel, vorkommen, so bitten wir dringend, uns dies sofort mitzuteilen, damit wir für Abhilfe sorgen können.

Leipzig, im Juni 1909

Die Verlags-handlung

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Dr. K. Kraepelin: Naturstudien

(Mit Zeichnungen von O. Schwindrazheim)

im Hause 3. Auflage Geb. M. 3.20. im Garten 3. Auflage Geb. M. 3.60. in Wald u. Feld 3. Auflage Geb. M. 3.60.

in der Sommerfrische Geb. M. 3.20. Volksausgabe Eine Auswahl. Veranstatet vom Hamburger Jugendchriften-Ausschuß. Geb. M. 1.—

„... Die Vorzüge der Kraepelin'schen Naturschilderungen liegen in den interessanten Beobachtungen, der Lebendigkeit des Dialogs, der anregenden Darstellungsweise und einer populären Schreibart. Daß selbst gebildete Erwachsene mit Vergnügen das Buch lesen und es mit Vorteil benutzen, darf behauptet werden. Unsre großen Schüler haben hier eine Fundgrube der schönsten und eindringlichsten Belehrung, dazu in vornehmen Gewande. Das Werk wird uns sehr warm empfohlen.“
(Jugendchriften-Warte.)

B. Landsberg: Streifzüge durch Wald und flur

Unleitung zur Beobachtung der heimischen Natur in Monatsbildern

4., vermehrte Auflage. Mit Zeichnungen von Frau H. Landsberg. Gebunden 5 Mark.

Und seht! Leben will ich euch finden lehren draußen in Wald und flur. Wir wollen hier nicht Beschreibungen von Tieren und Pflanzen liefern. Nein! Leben laßt uns suchen. Ob es nun frei um uns her schwirrt und singt, sich scheu in allerlei Schlupfwinkeln verbirgt, im Boden zu unsern Füßen regt und durch unsre Tritte „vernichtet und begraben wird“, oder ob es endlich, unsern Augen verborgen, sich nur dem Verstande offenbart.

So nehmt denn, ihr Knaben und Jünglinge, Mädchen und Jungfrauen, dies Buch! Benutzt es nicht zur flüchtigen Lektüre! Nein, geht hinaus und prüfet nach! Erst dann, wenn ihr gelernt habt, in dem Buche der Natur zu lesen, wenn sich euch Fragen aufdrängen, den hier behandelten ähnlich und doch nicht beantwortet, wenn ihr überzeugt seid, wieviel ihr noch lernen könnt — erst dann hat mein Bäcklein seine Arbeit an euch getan.

Zu euren Forschungsreisen bedürft ihr keiner großen Ausrüstung. Ein Insektenfischer von dünnem Stoffe, einer von verberem zum fischen, ein kräftiger, kleiner Spaten und eine Lupe genügen. Dazu ein Sammelgefäß mit Flaren, durchsichtigen Glaswänden zum genaueren Betrachten einzelner Funde und eine Botanifiziertrammel.

Faint, illegible text, possibly bleed-through from the reverse side of the page.

G. HURRELMAYER
BUCHBINDEEI
PAPIERHANDLUNG
SCHILLERSTR. 21